

*Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft
der Universität Hamburg*

***Zur Verbreitung extremismusaffiner
Einstellungen in Deutschland:
Befunde der repräsentativen Befragung
„Menschen in Deutschland 2021“***

Peter Wetzels, Katrin Brettfeld, Rebecca Endtricht, Jannik Fischer, Diego Farren

**WE
POW**

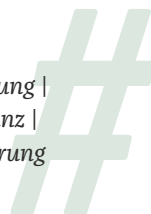
Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Die Untersuchungen in diesem Teilprojekt des MOTRA-Forschungsverbundes verfolgen das Ziel, Erkenntnisse zur Verbreitung und Entwicklung extremistischer Einstellungen, von Ungleichwertigkeitsideologien, Vorurteilen und Intoleranz in Deutschland zu gewinnen. In diesem Beitrag wird zunächst ein kurzer Überblick über die in der Befragung „Menschen in Deutschland 2021“ erreichten Stichproben gegeben. Anschließend werden deskriptive Befunde aus der ersten Welle der Befragung zur Verbreitung demokratiedistanter, rechtsextremer und islamismusaffiner Einstellungen in der Wohnbevölkerung dargestellt. Schließlich werden unter Bezug auf anomietheoretische Überlegungen die Zusammenhänge zwischen rechtsextremen Einstellungen und kollektiven Marginalisierungserfahrungen sowie Verunsicherung und kulturellen Verlustängsten erörtert.

Stichworte

extremistische Einstellungen | repräsentative Befragung |
Rechtsextremismus | Islamismus | Demokratiedistanz |
kollektive Marginalisierung | anomische Verunsicherung



Einleitung

Mit wiederholten repräsentativen Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland wird innerhalb des Forschungsverbundes MOTRA das Ziel verfolgt, Erkenntnisse zur Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen, von Formen der Intoleranz gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen und zur Akzeptanz politisch-motivierter Gewalt in Deutschland, sowie deren Entwicklungen und Hintergründe im Zeitverlauf für Deutschland zu analysieren. Die erste Befragungswelle wurde unter dem Titel „Menschen in Deutschland 2021“ in der Zeit von 18. März bis zum 10. Juni 2021 durchgeführt. Über die theoretischen Hintergründe sowie die methodische Ausführung der Befragung wurde bereits im MOTRA-Monitor 2020 berichtet (Brettfeld et al. 2021a).

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen erste Ergebnisse zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen. Dazu werden zunächst ideologie- und insoweit phänomenübergreifend beschreibbare Formen von Extremismen im Sinne einer Ablehnung grundlegender Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates und diesbezüglich relevanter zentraler Freiheits- und Menschenrechte thematisiert. Diese werden als Demokratiedistanz bezeichnet. Daran anschließend werden zwei ideologie- und phänomenspezifische Formen extremistischer Einstellungen in den Blick genommen. Dabei geht es um die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung insgesamt sowie – begrenzt auf in Deutschland lebende Muslim*innen – um islamismusaffine Einstellungen. Zum Abschluss werden im Rahmen multivariater Analysen am Beispiel des Rechtsextremismus – als der aktuell am weitesten verbreiteten Form politisch-extremistischer Einstellungen – theoriegeleitete Hypothesen zu möglichen Hintergründen und relevanten Einflussfaktoren überprüft.

Methodisches Vorgehen und erreichte Stichprobe

Das Stichprobendesign wurde so gestaltet, dass Analysen auf repräsentativer Datenbasis sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch mit Blick auf die Teilgruppen der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit

möglich sind. Insofern wurden im Rahmen der Stichprobenplanung neben einer repräsentativen Stichprobe der erwachsenen deutschen Wohnbevölkerung (Stichprobe 1: Zielgröße $n = 2\,000$), auch zwei Oversample vorgesehen: Eine Stichprobe von Personen mit Migrationshintergrund (Stichprobe 2: Zielgröße $n = 1\,000$) sowie eine Stichprobe von Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern (Stichprobe 3: Zielgröße $n = 1\,000$ Muslime) (zu Details vgl. Brettfeld et al. 2021a, Endtricht et al. 2022).

Die darauf bezogenen Zufallsziehungen von Adressen erfolgten über die Melderegister der Einwohnermeldeämter. Die Befragung wurde im sogenannten Mixed-Mode Design durchgeführt. Die Zielpersonen wurden postalisch angeschrieben und konnten auswählen, ob sie schriftlich einen übersandten Fragebogen beantworten oder aber online an der Befragung teilnehmen. Ihnen wurden vorab 5 Euro als Dank und Anerkennung für ihre Teilnahmebereitschaft übersandt.

Insgesamt wurden, nach Abzug als qualitätsneutral einzustufender adressbedingter Ausfälle, $n = 19\,006$ Personen um Teilnahme gebeten. Insgesamt liegen für $n = 4\,483$ Personen verwertbare Fragebögen vor. Die Gesamtrücklaufquote beläuft sich auf 23.6 %, was im Vergleich zu thematisch und methodisch ähnlichen Studien als gut zu bezeichnen ist. Die Rücklaufquote in der Repräsentativstichprobe der Gesamtbevölkerung (Stichprobe 1) ist mit 36.6 % besonders hoch. Für das Oversample der Personen mit Migrationshintergrund (Stichprobe 2) beträgt die Rücklaufquote 22.3 % und für das Oversample der Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern (Stichprobe 3) 16.8 %.

Zur Sicherstellung der Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit wurden die Daten einem mehrstufigen Gewichtungsprozess unterzogen. Nach Design- und Nonresponse-Gewichtung erfolgte eine Kalibrierung (Redressment). Auf diesem Wege wurden die Disproportionen durch die Oversamplings ausgeglichen und Abweichungen der realisierten Stichprobe von extern verfügbaren amtlichen Strukturdaten korrigiert (zu den Details siehe Endtricht et al. 2022). Insgesamt finden sich nur marginale Abweichungen der soziodemografischen Daten zwischen der gewichteten Gesamtstichprobe und den Daten zur erwachsenen Wohnbevölkerung, wie sie aus amtlichen Statistiken zur Verfügung stehen. Insoweit sind verallgemeinernde Schätzungen für die Population der

erwachsenen Wohnbevölkerung auf Grundlage dieser Stichprobe möglich. Alle im Folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf gewichteten Daten.

Von den $n = 4\,483$ Befragten sind 51.2 % Frauen und 48.8 % Männer. Die Altersspanne reicht von 18 bis 99 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei $MW = 50.9$ Jahren ($SD = 18.8$). Etwa ein Drittel (32.8 %) geben in Bezug auf ihre schulische Bildung einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss an, ein weiteres Drittel (31.6 %) die mittlere Reife und 35.6 % die Hochschul- beziehungsweise Fachschulreife. Knapp ein Viertel (23.4 %) der Befragten weist einen Migrationshintergrund auf. Von diesen wiederum sind 66.1 % nach Deutschland zugewandert und 33.9 % in Deutschland geboren.

In der Teilstichprobe der $n = 1\,310$ Personen mit Zugehörigkeit zu einer muslimischen Religionsgemeinschaft sind 55.7 % Männer und 44.3 % Frauen. Das Durchschnittsalter beträgt hier $MW = 37.7$ Jahre und liegt damit deutlich unter dem der Gesamtstichprobe. Der Anteil der Muslim*innen mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss beträgt 28.7 %. Der überwiegende Teil (57.8 %) weist hingegen einen niedrigen Bildungsabschluss auf (Hauptschule, vergleichbaren Abschluss oder keinen Schulabschluss). Der Großteil der mit der Befragung erreichten Muslim*innen (65.6 %) ist selbst nach Deutschland zugewandert. Knapp ein Drittel von ihnen (31.5 %) gehört der 2. Generation an. Weitere 2.9 % weisen keinen Migrationshintergrund auf. Insgesamt entspricht die Verteilung der soziodemografischen Merkmale dieser Teilstichprobe den Verhältnissen, wie sie sich auch aus aktuellen Studien zur Bevölkerungsgruppe der in Deutschland lebenden Muslim*innen ergeben (vgl. Pfündel et al. 2021).

Phänomenübergreifende Analysen: die Verbreitung von Demokratiedistanz

Neben spezifisch ideologisch konnotierten Formen politisch-extremistischer Einstellungen wurde im Rahmen von MiD 2021 eine phänomenübergreifende Erfassung politisch-extremistischer Einstellungen vorgenommen. Ausgangspunkt dafür sind Überlegungen von Backes und Jesse (1996), wonach zentraler Bezug jedes politischen Extremismus die Grundprinzipien des politischen Systems, hier des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates, zu sein haben. In einen solchen übergreifenden Rahmen lassen sich sowohl Extremismen, die im klassischen Links-Rechts-Schema verortet werden können, als auch darin nicht so eindeutig einzuordnende Formen, wie beispielsweise politisch-religiös konnotierte Extremismen einbeziehen (vgl. Arzheimer 2019, 296) und ggfs. genauer ausdifferenzieren (vgl. Mannewitz 2018, 52; Arzheimer 2019, 298; so auch Beelmann 2019, 7).

Wichtige Anknüpfungspunkte zur Operationalisierung politisch-extremistischer Einstellungen in einem phänomenübergreifenden Sinn finden sich in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Ablehnung des NPD-Verbots aus dem Jahr 2017. Darin wurden zentrale Grundprinzipien herausgearbeitet, die für den freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat unentbehrlich sind und seinen Kerngehalt ausmachen. Zu nennen sind diesbezüglich a) ein egalitäres Verständnis der Menschenwürde, b) das Demokratieprinzip – unabhängig von den zugrunde liegenden Instrumenten, solange für alle Bürger*innen eine gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeit besteht und Volkssouveränität gewahrt wird – sowie c) die Rechtsstaatlichkeit im Sinne einer Bindung und Begrenzung staatlicher Gewalt und der Kontrolle ihrer Organe (BVerfG 2017, 143-147).

Daran anknüpfend wurde eine Skala zur phänomenübergreifenden Erfassung demokratiedistanter Einstellungen konstruiert, die aus drei Subdimensionen besteht. Verwendet wurden dafür Aussagen zu demokratischen Freiheitsrechten, zu demokratischen Prinzipien der konstitutionellen Verfasstheit des Staates sowie zu fundamentalen Gleichheitsrechten. Jede der drei Subdimensionen wurde mit vier Items einbezogen, die auf einer vierstufigen Likert-Skala von (1) „stimme gar nicht zu“ bis (4) „stimme völlig zu“ beantwortet wurden.

Tabelle 1

Skala zur Erfassung demokratiedistanter Einstellungen:

Verteilung der Angaben zu Einzelitems in %, gültige N=4 471 (gewichtete Daten)

	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	MW	SD
Demokratische Freiheitsrechte						
Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. (inv)	3.5	10.6	35.5	50.3	3.33	.80
Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden.	51.7	37.0	8.0	3.3	1.63	.77
Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. (inv)	1.4	4.7	21.7	72.2	3.65	.64
Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. (inv)	3.1	6.3	29.4	61.2	3.49	.75
Konstitutionelle Verfasstheit						
Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen.	55.6	29.2	10.5	4.7	1.64	.85
Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten.	60.7	22.6	10.7	6.0	1.62	.90
Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden.	42.7	31.6	17.8	7.9	1.91	.96
Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.	45.5	40.1	11.5	2.9	1.72	.78
Gleichheitsrechte						
Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. (inv)	3.1	1.2	9.7	86.0	3.79	.61
Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. (inv)	0.6	1.0	11.0	87.4	3.85	.43
Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. (inv)	2.2	9.1	23.7	65.0	3.51	.75
Muslime müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. (inv)	3.5	11.8	27.2	57.5	3.39	.83
Gesamtskala					1.54	.42

Anmerkung: Die mit (inv) gekennzeichneten Items werden bei der Skalenbildung invertiert

Im Bereich demokratischer Freiheitsrechte finden sich in der Gesamtstichprobe besonders hohe Zustimmungsraten für die Pressefreiheit (93.9 %) und das Recht von Minderheiten, ihre Meinung frei zu äußern (90.6 %). Eine solch hohe Zustimmung erreichen Items aus der zweiten Subdimension, die sich auf die konstitutionelle Verfasstheit Deutschlands beziehen, nicht. Insbesondere die Gewaltenteilung – operationalisiert über die Möglichkeit der Gerichte, Entscheidungen des Parlaments aufzuheben – wird von 25.7 % der Befragten ganz oder eher abgelehnt. Bezogen auf die Gleichheitsrechte lassen sich wiederum hohe Zustimmungsraten für die Gleichheit von Männern und Frauen sowie die Gleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe erkennen. Andererseits werden gleiche Rechte für Ausländer und auch die Religionsfreiheit von 11.3 % beziehungsweise 15.3 % der Befragten ganz oder eher abgelehnt.

Zur Bildung einer Mittelwertskala wurden die Angaben so umkodiert, dass hohe Werte ein hohes Maß an Ablehnung der zum Ausdruck gebrachten demokratischen Prinzipien anzeigen. Die Reliabilität einer auf Basis aller zwölf Items gebildeten Gesamtskala ($MW = 1.54$, $SD = .42$) erweist sich als zufriedenstellend (Cronbachs $\alpha = .77$). Die Verteilung zeigt bereits, dass die weit überwiegende Mehrheit der Befragten keine demokratiedistanten Einstellungen artikuliert.

Im Hinblick auf die Ausprägung demokratiedistanter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen lassen sich folgende Feststellungen treffen: Männer ($MW = 1.56$, $SD = .42$) und Frauen ($MW = 1.53$, $SD = .41$) unterscheiden sich nur marginal ($t[4421] = -2.23$, $p < .05$). Das Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen nimmt mit dem Alter zu ($t_{\text{Welch}}[1;2907.7] = 87.1$, $p < .001$). Befragte ab 60 Jahre ($MW = 1.66$, $SD = .45$) weisen höhere Werte auf als die 40-59-Jährigen ($MW = 1.50$, $SD = .39$) und die 18-39-Jährigen ($MW = 1.46$, $SD = .38$). Zusammenhänge finden sich auch mit dem Bildungsniveau: Befragte mit hoher Bildung (Abitur: $MW = 1.50$, $SD = .32$) haben weniger demokratiedistante Einstellungen als Personen mit mittlerer Reife ($MW = 1.59$, $SD = .39$) oder mit geringer Schulbildung (Hauptschule oder kein Abschluss: $MW = 1.71$, $SD = .45$, $t_{\text{Welch}}[2;2773.9] = 382.0$, $p < .001$).

Für Personen, die sich im klassischen Links-Mitte-Rechts-Schema selbst als links ($MW = 1.44$, $SD = .39$) oder mitte-links verorten ($MW = 1.40$, $SD = .37$) finden sich signifikant niedrigere Mittelwerte als für Befragte

die sich der politischen Mitte ($MW = 1.59$, $SD = .41$) oder dem eher rechten Spektrum zuordnen ($MW_{\text{mitte-rechts}} = 1.65$, $SD = .39$; $MW_{\text{rechts}} = 1.76$, $SD = .36$, $t_{\text{Welch}}[4;577.4] = 78.9$, $p < .001$). Demokratiedistante Haltungen sind damit zwar unter Personen aus dem rechten politischen Spektrum häufiger, zugleich sind sie aber in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden, d.h. sowohl bei links und rechts Orientierten als auch in der politischen Mitte.

Zur Einschätzung des Potentials demokratiedistanter Einstellungen wurde eine dichotome kategoriale Variable der Demokratiedistanz gebildet. Diese basiert auf der Kombination der Angaben der Befragten in den drei Subdimensionen: *Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte*, *Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit des Staates* sowie *Ablehnung von Gleichheitsrechten*. Im Rahmen einer konfirmatorischen Faktorenanalyse hat sich die Annahme dreier untereinander korrelierter Subdimensionen bestätigt.¹ Sofern auf einer der drei Skalen der Subdimensionen ein Wert über dem absoluten Skalenmittelpunkt (> 2.5) erreicht wurde, wurde die jeweilige Person als demokratiedistant eingestuft.

Im Ergebnis zeigt sich, dass 14.0 % der Befragten aus der Gesamtstichprobe in mindestens einer dieser drei Subdimensionen den entsprechenden Grenzwert überschreiten und insofern als demokratiedistant zu kategorisieren sind. Bezogen auf die Population der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland führt das, unter Zugrundelegung eines 95 % Konfidenzintervalls, zur Schätzung einer Rate demokratiedistant eingestellter Bürger*innen, die zwischen 13.0 % und 15.0 % liegt.

Während sich diese Rate zwischen Männern und Frauen nicht signifikant unterscheidet, finden sich relevante Differenzen zwischen den Altersgruppen: Bei den 18-39-Jährigen beläuft sich der Anteil demokratiedistant eingestellter Personen auf 10.2 % und bei den 40-59-Jährigen auf 9.7 %, während sich für die Gruppe der Personen ab 60 Jahren eine Rate von 21.6 % zeigt ($\chi^2 = 112.1$, $df = 2$, $p < .001$). Deutlich sind auch die Differenzen mit Blick auf das Bildungsniveau: Befragte mit Abitur erweisen sich nur zu 4.8 % als demokratiedistant. Im Fall mittlerer Reife ist diese Rate etwa dreimal so hoch (13.8 %) und für das niedrigste Bildungsniveau liegt sie bei 23.7 % ($\chi^2 = 221.2$, $df = 2$, $p < .001$).

¹ Modellfit der konfirmatorischen Faktoranalyse mit kategorialen Indikatoren zu den Dimensionen von Demokratiedistanz: $\chi^2 = 304.5$, $df = 51$, $p < .001$; CFI = .961; TLI = .949; RMSEA = .034 (90 % KI: 0.030; 0.037).

Hinsichtlich der politischen Selbstverortung der Befragten ergeben sich ebenfalls signifikante Differenzen ($\chi^2 = 108.3$, $df = 4$, $p < .001$): Von den Befragten, die sich selbst mitte-links einordnen, weisen nur 5.8 % eine demokratiedistante Einstellung auf, während bei Personen, die sich selbst links, in der politischen Mitte oder mitte-rechts verorten, Raten zwischen 13.3 % bis 16.6 % zu finden sind. Befragte, die sich selbst politisch rechts verorten, weisen mit 31.0 % die mit Abstand höchste Rate auf. Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass bei einer substanziellen Minderheit, der in Deutschland lebenden Bevölkerung, eine ablehnende Haltung zu Grundprinzipien eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates zu finden ist. Diese Ablehnung ist nicht allein auf den rechten oder linken Rand des politisch-ideologischen Spektrums beschränkt, sondern besteht auch innerhalb der Mitte der Gesellschaft.

Phänomenspezifische Analysen: zur Verbreitung von Rechtsextremismus und Islamismus

Über diese phänomenübergreifenden Analysen hinaus wurden auch Daten zu Einstellungen mit Blick auf zwei spezifische Formen des politischen Extremismus erhoben: Zu Rechtsextremismus einerseits und Islamismus als Form eines spezifischen politisch-religiös motivierten Extremismus andererseits. Im Folgenden werden die dazu eingesetzten Messinstrumente vorgestellt und deskriptive Befunde zur Verbreitung rechtsextremer sowie islamismusaffiner Einstellungen berichtet.

Zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

Rechtsextremismus wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung, im Einklang mit vergleichbaren Studien in Deutschland und anschließend an die sogenannte Konsensdefinition aus dem Jahre 2001 (vgl. Decker et al. 2010, 18), als ein Einstellungsmuster aufgefasst, das durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie Präferenzen für eine autoritäre politische Führung gekennzeichnet ist. Dies manifestiert sich in politischer Hinsicht in einer Affinität zu rechtsautoritären Diktaturen, einer Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie einem nationalen Chauvinismus. In sozialer Hinsicht zeigt es sich in einer Tendenz zur pauschalen Abwertung von Fremdgruppen, die sich in

antisemitischen und fremdenfeindlichen Ressentiments sowie sozialdarwinistischen Vorstellungen niederschlagen (Decker et al. 2006, 20).

Zur Messung rechtsextremer Einstellungen wurde daran anknüpfend eine Skala konstruiert, die sich an Messinstrumente anlehnt, wie sie auch in anderen Studien zu rechtsextremen Einstellungen seit mehreren Jahren verwendet werden (Decker/Brähler 2020; Decker/Brähler 2018; Küpper et al. 2021; Zick et al. 2019). Diese Skala besteht auf Basis der Konsensdefinition aus sechs Subdimensionen, wobei hier als zusätzliche siebte Subdimension als Form der Intoleranz ein Item zur Islamfeindlichkeit aufgenommen wurde (Endtricht et al. 2022, XXVII). Die drei Subdimensionen Antisemitismus, Chauvinismus und Sozialdarwinismus wurden mit je zwei Items erfasst, während die vier übrigen Subdimensionen anhand je eines Items abgebildet wurden. Die Befragten konnten den Grad ihrer Zustimmung zu den Items auf einer vierstufigen Likert-Skala angeben.

Ähnlich wie in vergleichbaren Studien (Baier et al. 2021; Decker et al. 2020; Krieg/Kliem 2019; Küpper et al. 2021; Manzoni et al. 2018) ist die Verteilung der Angaben zu diesen Items überwiegend rechtsschief. Allerdings ist mit 52.2 % die Rate der Zustimmung zu der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ in der Subdimension Chauvinismus bemerkenswert hoch. Mit 38.7 % findet sich auch für Ausländerfeindlichkeit eine vergleichsweise hohe Zustimmung. Anti-islamische Ressentiments werden mit 30.8 % ebenfalls recht häufig bejaht. Bei allen weiteren Items fällt die Zustimmung mit unter 20 % bis zu unter 10 % deutlich geringer aus.

Bei der Bildung der Gesamtskala wurden die mit zwei Items erfassten Subdimensionen gemittelt, um so die eingangs beschriebenen sieben Subdimensionen mit gleichem Gewicht bei der Skalenbildung einzubeziehen. Eine anschließende Faktorenanalyse ergibt eine einfaktorielle Lösung mit 41.9 % Varianzaufklärung, das heißt, die verwendeten Items beziehungsweise Subskalen bilden wie vermutet ein gemeinsames latentes Konstrukt ab. Die so erzeugte Gesamtskala ($MW = 1.70$; $SD = .57$) erweist sich hinsichtlich ihrer Reliabilität als zufriedenstellend (Cronbachs $\alpha = .82$).

Tabelle 2

Skala zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen:

Verteilung der Angaben zu Einzelitems in %, gültige N=4461 (gewichtete Daten)

	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	MW	SD
Ausländerfeindlichkeit						
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	31.6	29.6	26.0	12.7	2.20	1.02
Islamfeindlichkeit						
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	42.0	27.2	18.9	11.9	2.01	1.04
Antisemitismus						
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	65.6	25.7	6.5	2.3	1.45	.72
Juden kann man nicht trauen.	81.0	14.7	3.0	1.4	1.25	.57
Chauvinismus						
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	27.0	20.8	35.1	17.1	2.42	1.06
Mein Volk ist anderen Völkern überlegen.	71.4	21.7	5.6	1.3	1.37	.65
Sozialdarwinismus						
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.	54.9	33.4	9.5	2.3	1.59	.75
Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben.	75.7	10.6	7.6	6.1	1.44	.87
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur						
Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	70.4	13.4	10.0	6.2	1.52	.91
Verharmlosung des Nationalsozialismus						
Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben.	71.4	19.3	7.4	1.9	1.40	.71
Gesamtskala					1.70	.57

Im bivariaten Vergleich zeigen sich Unterschiede zwischen Teilgruppen, wie sie auch ansonsten in der Forschung zu Rechtsextremismus immer wieder gefunden werden. So liegt der Mittelwert für rechtsextreme Einstellungen bei Männern (MW = 1.72, SD = .58) etwas höher als bei Frauen (MW = 1.67, SD = .56, $t[4412] = -2.96$, $p < .01$). Besonders deutlich sind die

Differenzen zwischen den Altersgruppen: Der höchste Mittelwert findet sich für die älteste Gruppe der ab 60-Jährigen ($MW = 1.85$, $SD = .64$), im Mittelbereich liegen die 40-59-Jährigen ($MW = 1.65$, $SD = .50$) während die 18-39-Jährigen die geringste Ausprägung rechtsextremer Einstellungen aufweisen ($MW = 1.58$, $SD = .54$, $t_{\text{Welch}}[2;2887.3] = 80.01$; $p < .001$). Ferner ist ein klarer Bildungseffekt zu erkennen: Die Werte für Befragte mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss ($MW = 1.45$, $SD = .45$) sind deutlich niedriger als für Befragte mit mittlerer Reife ($MW = 1.76$, $SD = .53$). Diese wiederum sind niedriger als für Befragte, die maximal über einen Hauptschulabschluss oder einen vergleichbaren Bildungsgrad verfügen ($MW = 1.90$, $SD = .63$, $t_{\text{Welch}}[2;2781.9] = 294.03$; $p < .001$).

Die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen ist ferner bei Befragten aus Ostdeutschland ($MW = 1.83$, $SD = .61$) signifikant höher als in Westdeutschland ($MW = 1.67$, $SD = .56$, $t[1298.6] = -7.08$; $p < .001$). Auch mit Blick auf einen Migrationshintergrund lassen sich signifikante Unterschiede erkennen: Migrant*innen der ersten Generation zeigen die höchste Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen ($MW = 1.81$, $SD = .58$). Befragte der zweiten Migrantengeneration weisen den im Vergleich niedrigsten Mittelwert auf ($MW = 1.60$, $SD = .49$), während Befragte ohne Migrationshintergrund im Mittelbereich liegen ($MW = 1.69$, $SD = .58$, $t_{\text{Welch}}[2;795.3] = 21.4$; $p < .001$).

Zur Einschätzung des Umfangs der Risikogruppe von Personen mit rechts-extremen Einstellungen wurde ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, der das Vorliegen eines geschlossen rechten Weltbildes einerseits sowie die Offenheit für rechte Ideologien andererseits in ähnlicher Weise unterscheidet, wie das in den jüngeren Mitte-Studien (vgl. Küpper et al. 2021, 84) umgesetzt wurde.² Personen, welche die zur Messung verwendeten Aussagen weit überwiegend ablehnen (Skalenwerte von 1 bis 2), werden als nicht rechtsextrem eingestellt eingestuft. Personen, die diese Aussagen zwar nicht in der Mehrzahl, aber doch zum Teil befürworten (Skalenwerte von >2 bis 2.8), werden als offen für

² Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den Vergleichsstudien die Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen auf einer 5-stufigen Likert-Skala erhoben wurde, während im Rahmen der Befragung MiD 2021 die Antwortkategorien 4-stufig erfasst wurden. Daher erfolgte eine mathematische Anpassung der jeweiligen Cut-Off-Werte (der Cut-Off Wert von Küpper et al. (2021) liegt bei 3.5, dem entspricht bei einer vierstufigen Skala der Wert 2.8).

rechtsextremes Gedankengut und Personen mit einem Skalenwert von über 2.8 als klar rechtsextrem eingestellt angesehen.

In der Gesamtstichprobe finden sich 73.3 % der Befragten, die rechtsextremes Gedankengut in diesem Sinne klar ablehnen. Mit 21.8 % sind etwas mehr als ein Fünftel der Befragten offen für rechtsextreme Ideologien. Unter Zugrundelegung eines 95 % Konfidenzintervalls liegt die Rate derer mit einer Offenheit für rechtsextremes Gedankengut in der Gesamtpopulation damit zwischen 20.6 % und 23.0 %.

4.9 % der Stichprobe sind klar rechtsextrem eingestellt. Dies führt bei einem 95 % Konfidenzintervall zur Schätzung einer Rate eindeutig rechtsextrem eingestellter Personen in der Gesamtpopulation der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 4.2 % und 5.5 %.

Wie zu erwarten, findet sich eine signifikante Korrelation zwischen der Skala „Demokratiedistanz“ und der Skala „rechtsextreme Einstellung“ ($r = .65$; $p < .001$). Deren Größe zeigt aber auch, dass nicht alle Befragte, die eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut äußern oder eine Ausprägung im Sinne einer klar rechtsextremen Einstellung aufweisen, zugleich auch im phänomenübergreifenden Sinne als demokratiedistant zu bezeichnen sind.

Klar rechtsextrem eingestellt und zugleich demokratiedistant sind nur 2.6 % der Befragten. Offen für rechtsextremes Gedankengut und zugleich demokratiedistant sind weitere 5.9 %. Damit umfasst die Gruppe derer, die Demokratiedistanz in Kombination mit mindestens einer Offenheit für rechtsextremes Gedankengut erkennen lässt, 8.5 % der Gesamtstichprobe, was für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Wohnbevölkerung bei Anwendung eines 95 % Konfidenzintervalls zur Schätzung einer Rate führt, die zwischen 7.6 % und 9.3 % liegt.

*Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen unter in Deutschland lebenden Muslim*innen*

Ein erklärtes Ziel des Monitorings in MOTRA ist es, Aussagen über die Verbreitung der Akzeptanz islamistischer Auffassungen unter den in Deutschland lebenden Muslim*innen zu erhalten. Zu dieser Frage liegen bis dato nur wenige Studien vor. Diese beziehen sich, bis auf wenige Ausnahmen (zum

Beispiel Brettfeld/Wetzels 2007), entweder nur auf spezielle Einzelthemen, wie etwa Antisemitismus (zum Beispiel Koopmans 2015; American Jewish Committee 2022), oder haben sich ausschließlich mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen befasst (zum Beispiel Baier et al. 2016; Frindte et al 2011; Goede/Lopez Trillo 2020; s.a. Herding 2013). Im Rahmen von MOTRA wurden daher auch Einstellungen im Sinne der Akzeptanz eines religiös konnotierten politischen Extremismus in Bezug auf die in Deutschland lebende muslimische Wohnbevölkerung in den Blick genommen.

Eine einheitliche Definition von Islamismus, die in den Sozial- und Islamwissenschaften umfassend geteilt und als Orientierungsrahmen für die Konstruktion eines Erhebungsinstrumentes dienen könnte, liegt bislang nicht vor. Ein gemeinsamer Nenner der diesbezüglich historisch beobachtbaren sowie religions- und islamwissenschaftlich wie auch politik- und sozialwissenschaftlich differenzierbaren Konzeptionen lässt sich jedoch wie folgt umschreiben: „Beim Islamismus handelt es sich um Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat und oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden.“ (Seidensticker 2016, 9). Was dabei konkret als islamisch angesehen wird, kann zwischen den verschiedenen religiösen und politischen Strömungen im Islam beträchtlich variieren. Maßgebliches Kennzeichen eines religiös-politischen Extremismus im Sinne des Islamismus ist jedoch stets, dass politische Macht- und Dominanzansprüche unter Verweis auf absolute, aus dem Islam geschöpfte, als universell geltende, religiöse beziehungsweise göttliche Wahrheiten legitimiert werden. Dies wird weiter verbunden mit dem Anspruch, dass alle, also auch Personen, die nicht Mitglieder der Religionsgemeinschaft sind, sich den daraus abgeleiteten ‚göttlich gegebenen‘ Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterzuordnen haben.

„Der Islam wird im Falle seiner extremistischen Wendung nicht auf die religiöse Sphäre des eigenen Lebens oder der eigenen Gemeinschaft begrenzt, sondern politisch zum Leitprinzip der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens erkoren, dem sich alle anderen ... unterzuordnen haben, was nach dieser Ansicht auch keiner politischen Legitimation bedarf, weil die gesellschaftlichen Gestaltungsmaximen für alle, also auch die Ungläubigen, bereits göttlich bestimmt sind.“ (Brettfeld/Wetzels 2007, 58).

Nach diesem auch hier vertretenen Verständnis ist Islamismus die politische Wendung des Religiösen mit umfassendem Geltungsanspruch, ohne die Option einer kritischen Reflexion und ohne das Konzept einer legitimen Opposition oder Kritik. In demokratietheoretischer Hinsicht wird insoweit „statt der westlichen Volkssouveränität die ‚Souveränität Gottes‘ ins Werk gesetzt.“ (Seidensticker 2016, 10). Toleranz, die Akzeptanz von Diversität sowie die Anerkennung unterschiedlicher religiöser wie auch weltlicher Lebensentwürfe als legitim, gleichwertig und achtenswert, wie auch Haltungen im Sinne einer grundlegenden politischen Opposition, sind damit, unter Verweis auf eine göttliche Bestimmung des ‚Richtigen‘ und die entsprechende religiös autorisierte Legitimation politischer Entscheidungsträger, inakzeptabel.

Zur Messung islamismusaffiner Einstellungen wurden acht Aussagen herangezogen. Dazu gehört zum einen die Bereitschaft, religiöse Vorstellungen und Regeln zur Basis der politischen Verfasstheit des Staates zu erheben. Weiter wird neben Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, in Form einer pauschalen Abwertung anderer nicht islamischer Religionen und Gesellschaften, die pauschal übersteigerte Aufwertung des Islam erfasst. Diese Aussagen wurden den Befragten vorgelegt mit der Bitte, auf einer vierstufigen Likert-Skala anzugeben, wie sehr sie diesen zustimmen.

Die größte Zustimmung findet unter den muslimischen Befragten die Aussage, dass allein der Islam als zeitgenössischer Problemlöser fungiert: 31.7 % der Muslim*innen stimmen dieser Frage „eher“ oder „völlig“ zu. Hohe Zustimmungsraten finden sich auch zu Aussagen, die eine intolerante Einstellung im Sinne einer pauschalen Abwertung der Moral westlicher Gesellschaften oder der christlichen Religion zum Ausdruck bringen: 30.8 % stimmen der Aussage zu, die Sexualmoral in westlichen Gesellschaften sei völlig verkommen. Weitere 23.3 % stimmen der Aussage zu, dass christliche Religionen nicht in der Lage seien, die Moral zu sichern. Abwertende, antisemitische Vorurteile gegenüber Angehörigen jüdischen Glaubens als nicht vertrauenswürdig werden von 12.6 % der Befragten bejaht.

In Bezug auf das Verhältnis von Staat, Politik und Religion gibt mehr als ein Viertel der befragten Muslim*innen (26.1 %) an, ihnen seien die Regeln des Koran wichtiger als die Gesetze in Deutschland. 18.8 % halten einen islamischen Gottesstaat für die beste Staatsform und 14.5 % sind der Ansicht,

dass sich auch die deutsche Gesellschaft stärker nach den Regeln des Islam ausrichten sollte. Deutlich geringer ist der Anteil derer, die einen religiösen Führer dem demokratischen System in Deutschland vorziehen (8.8 %).

Tabelle 3

Skala zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen:

Verteilung der Angaben zu Einzelitems in %, gültige n = 1 202

(Nur Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit, gewichtete Daten)

	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	MW	SD
Verhältnis Religion – Politik						
Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform.	55.4	25.9	11.8	7.0	1.79	.93
Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.	47.3	26.7	14.7	11.4	1.90	1.03
Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden.	57.5	28.0	11.0	3.5	1.61	.82
Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland.	69.8	21.5	5.7	3.1	1.42	.74
Intoleranz						
In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern.	43.0	33.7	17.8	5.5	1.86	.90
Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.	37.0	32.2	22.3	8.5	1.02	.97
Juden kann man nicht trauen.	58.4	29.0	5.5	7.1	1.61	.88
Aufwertung des Islam						
Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.	39.9	28.4	17.5	14.2	2.06	1.07
Gesamtskala					1.77	.66

Eine Faktorenanalyse dieser Items führt zu einer einfaktoriellen Lösung (Varianzaufklärung 53.1 %). Eine auf Grundlage dieser Items gebildete Mittelwertskala (MW = 1.77; SD = .66) weist eine gute interne Konsistenz auf (Cronbachs α = .87).

Es finden sich keine bedeutsamen Unterschiede im Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen zwischen Männern und Frauen. In Bezug auf verschiedene Altersgruppen zeigen sich jedoch signifikante Differenzen:

Die höchsten Mittelwerte weisen die 18-39-Jährigen auf ($MW = 1.86$, $SD = .71$), im Mittelbereich liegen die 40-59-Jährigen ($MW = 1.70$, $SD = .59$), während die älteste Gruppe (60 Jahre und älter) die niedrigste Ausprägung erkennen lässt ($MW = 1.51$, $SD = .49$, $t_{Welch} [2;301.8] = 20.8$, $p < .001$). Geringe aber gleichwohl signifikante Unterschiede finden sich ferner mit Blick auf den Bildungsstand: Personen mit mittlerer Reife weisen in etwas höherem Maße islamismusaffine Einstellungen auf ($MW = 1.91$, $SD = .66$) als Befragte mit Abitur ($MW = 1.71$, $SD = .66$) oder Personen mit geringer Schulbildung unterhalb der mittleren Reife ($MW = 1.77$, $SD = .66$, $F = 4.6$, $[2;1158]$, $p = .05$). Keine signifikanten Unterschiede finden sich zwischen Muslim*innen aus Europa und der Türkei im Vergleich zu Muslim*innen aus Asien/Afrika und aus dem Nahen Osten. Auch zwischen der ersten und zweiten Migrantengeneration sind keine signifikanten Unterschiede nachweisbar.

Es zeigt sich jedoch ein signifikanter Zusammenhang zwischen islamismusaffinen Einstellungen und der politischen Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum ($F = 20.6$ $[4;1097]$, $p < .001$): Während Muslim*innen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen, auch im Mittelbereich der islamismusaffinen Einstellungen liegen ($MW = 1.77$, $SD = .63$), finden sich für links ($MW = 1.63$, $SD = .62$) beziehungsweise mitte-links Orientierte ($MW = 1.62$, $SD = .63$) deutlich niedrigere Werte. Deutlich erhöhte Ausprägungen der Islamismusaffinität finden sich unter Personen, die sich mitte-rechts ($MW = 2.04$, $SD = .70$) und eindeutig rechts einordnen ($MW = 2.30$, $SD = .57$).

Auf Basis der kontinuierlichen Skala zu islamismusaffinen Einstellungen wurde ein zusammenfassender kategorialer Indikator gebildet, um den Umfang des Potenzials von Personen mit islamismusaffinen Einstellungen in der Population der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen schätzen zu können. Die Bestimmung dieses kategorialen Indikators erfolgte in gleicher Weise wie auch im Falle der rechtsextremen Einstellungen: Personen mit einem Wert von 2.0 oder kleiner auf der kontinuierlichen Skala werden als nicht islamismusaffin eingestuft. Befragte, die auf der kontinuierlichen Skala einen Wert größer 2.0 bis einschließlich 2.8 aufweisen, werden als „offen für Islamismus“ eingeordnet. Befragte, die einen Wert über 2.8 aufweisen werden als „klar islamismusaffin“ bezeichnet.

Insgesamt findet sich bei 9.3 % der befragten Muslim*innen ein klar islamismusaffines Einstellungsmuster. Im Gegensatz zu klar rechtsextremen Einstellungen, die sich in der Gesamtstichprobe vor allem bei älteren Befragten vermehrt finden ließen, sind klar islamismusaffine Einstellungen in der Stichprobe der Muslim*innen vor allem bei den jüngeren Personen deutlich stärker verbreitet als bei den älteren ($\chi^2 = 32.7$; $df = 4$, $p < .001$). In der Gruppe der 18-39-Jährigen beträgt die Rate klar islamismusaffiner Haltungen 12.9 %. In der Altersgruppe der 40-59-Jährigen ist sie um die Hälfte geringer (6.2 %) und bei den ab 60-Jährigen beträgt sie nur noch 1.2 %.

Ein Fünftel der erreichten Stichprobe erweist sich als offen für Islamismus (20.0 %). Die Altersverteilung dieser Risikogruppe ist ähnlich wie im Falle der klar islamismusaffinen Befragten: In der jüngsten Altersgruppe der 18-39-Jährigen findet sich mit 22.3 % die höchste Rate. Die Raten der 40-59-Jährigen (17.2 %) und der ab 60-Jährigen (15.8 %) sind deutlich niedriger, unterscheiden sich untereinander jedoch nicht mehr signifikant.

Bei Anwendung eines 95 % Konfidenzintervall ist die Verbreitung von klar islamismusaffinen Haltungen in der Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen in einem Intervall von 7.7 % bis 11.0 % zu verorten. Für Einstellungen, die eine Offenheit für Islamismus erkennen lassen, liegt die so zu schätzende Rate in einem Intervall zwischen 17.7 % und 22.2 %.

Für islamismusaffine Einstellungen findet sich zwar eine signifikante Korrelation mit Demokratiedistanz ($r = .263$; $p < .001$). Sie ist aber deutlich geringer als im Falle der rechtsextremen Einstellungen und legt nahe, dass islamismusaffine Einstellungen nicht immer auch mit Demokratiedistanz im hier gemessenen Sinne verbunden sind. Die Rate der demokratiedistanten Personen beläuft sich unter den befragten Muslim*innen auf 18.4 %. Klar islamismusaffin und zugleich demokratiedistant sind indessen nur 3.0 % der Stichprobe. Offen für Islamismus und zugleich demokratiedistant sind weitere 3.6 % der Befragten. Damit umfasst die Gruppe derer, die Demokratiedistanz in Kombination mit mindestens der Offenheit für islamistische Ideologien erkennen lässt, 6.6 % der Stichprobe der Muslim*innen. Für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen führt dies bei Anwendung eines 95 % Konfidenzintervalls zur Schätzung einer Rate, die zwischen 5.2 % und 8.0 % liegt.

Multivariate Analysen rechtsextremer Einstellungen: die Bedeutung kollektiver Marginalisierungserfahrungen und negativer sozialer Emotionen als Risikofaktoren

Neben der Beschreibung der Verbreitung extremistischer Einstellungen im Rahmen des Monitorings ist ein weiteres Ziel der durchgeführten Einstellungsbefragungen, Einflussfaktoren zu identifizieren, die das Risiko von Radikalisierung im Sinne der Entwicklung politisch-extremistischer Einstellungen begünstigen.

Als theoretische Basis wird hier auf das in der Kriminologie etablierte anomietheoretische Modell der General Strain Theory von Agnew (2001, 2010) rekurriert. Dessen Grundannahme besagt, dass subjektiv belastende Erfahrungen („strain“) die Wahrscheinlichkeit normabweichenden Verhaltens wie auch diesbezüglicher Verhaltensbereitschaften und Einstellungen erhöhen können. Dies gilt insbesondere für Belastungen, die zentrale Werte, Bedürfnisse oder Aspekte der Identität von Personen betreffen (Agnew 2013, 654–655). Der dabei angenommene Prozess ist mehrstufig: Belastende Erfahrungen können negative Emotionen (z. B. Wut, Neid, Verunsicherung, Enttäuschung, Bedrohungsgefühle) erzeugen, die durch die betroffenen Personen bewältigt werden müssen. Normabweichendes Verhalten kann hier eine Form einer individuellen Bewältigungsstrategie sein. Neben tatsächlich ausgeübten Verhaltensweisen kann es auch zu einer Etablierung normabweichender, gesellschaftlich problematischer Einstellungen in Bezug auf Verhaltensbereitschaften oder zu einer negativen Bewertung gesellschaftlicher Institutionen und Regeln als Reaktion auf emotional negativ erlebte Belastungen kommen.

Ausgehend von diesem – hier verkürzt wiedergegeben – theoretischen Modell (vgl. im Detail Brettfeld et al. 2021a, 2021b; Fischer et al. 2022) wird analysiert, welcher Stellenwert dem Erleben individueller Diskriminierung sowie subjektiven Wahrnehmungen einer Abwertung, Geringschätzung oder Ausgrenzung der Eigengruppe, der sich eine Person zugehörig fühlt (kollektive Marginalisierung), für die Etablierung politisch-extremistischer Einstellungen zukommt und welche Rolle dabei negative Emotionen spielen. Es wird angenommen, dass das subjektive Erleben kollektiver Marginalisierung in Form der Wahrnehmung einer ungerechten beziehungsweise respektlosen Behandlung der für die

eigene soziale Selbstdefinition relevanten Gruppe politisch-extremistische, sozial abweichende Einstellungen begünstigt. Dies sollte vor allem dann der Fall sein, wenn die Mehrheitsgesellschaft oder wichtige Institutionen des gesellschaftlichen oder politischen Systems als Verursacher kollektiver Marginalisierungen angesehen werden. Effekte subjektiv wahrgenommener Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen der Eigengruppe wurden in der Forschung bereits mehrfach mit der Ausbildung politisch-extremistischer Einstellungen in Zusammenhang gebracht (vgl. Brettfeld/Wetzels 2007, 107; Doosje et al. 2012; Nivette et al. 2017; Williamson et al. 2021). Speziell in der Extremismus- und Terrorismusforschung hat unter anderem Moghaddam (2005, 163) in diesem Sinne auf die Relevanz von „fraternal relative deprivation“ hingewiesen.

Die nachfolgenden Analysen prüfen, inwieweit die anomie- und identitätstheoretisch postulierten Zusammenhänge einen Beitrag für die Erklärung speziell rechtsextremer Einstellungen leisten können. Zur Erfassung individuell erlebter Diskriminierungen waren die Personen in MiD 2021 gefragt worden, wie häufig es in den letzten 12 Monaten vorgekommen ist, dass sie sich aus verschiedenen Gründen diskriminiert fühlten (von 0 = nie bis 3 = oft). Erfasst wurden fünf Anknüpfungspunkte individueller Diskriminierung: Nationalität/ethnische Herkunft/Hautfarbe, Geschlecht, eigene politische Überzeugungen, eigene Religion sowie die Gegend, in der man lebt. Diese Angaben wurden zu einem Summenindikator zusammengeführt, der Werte zwischen 0 und 15 annehmen kann. In der Stichprobe liegt der Mittelwert bei $MW = 1.27$ ($SD = 2.09$). 17.4 % der Befragten berichten, „manchmal“ in mindestens einer Form unmittelbar persönlich diskriminiert worden zu sein, häufigere Diskriminierungen geben 5.3 % an.

Für die Messung kollektiver Marginalisierung wurde eine aus acht Items bestehende Mittelwertskala verwendet. Darin wurden, nach der einleitenden Herstellung eines Eigengruppenbezuges („Hier bei uns werden Menschen wie ich ...“) unterschiedliche Formen gezielter Ausgrenzung und Benachteiligung durch die Gesellschaft oder staatliche Institutionen thematisiert (zum Beispiel „... für ihre Leistungen nicht gewürdigt“, „... von Behörden respektlos behandelt“, „... von den Politikern nicht ernst genommen“) und nach dem Grad der Zustimmung (von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“) zu diesen Aussagen gefragt. Die Skala

($MW = 1.98$; $SD = .68$) ist einfaktoriell und weist eine gute interne Konsistenz auf (Cronbachs $\alpha = .87$). Eine klare Zustimmung zur Mehrzahl dieser Items (Skalenwert > 2.5) artikulierten 20.5 % der Befragten.

Negative Emotionen wurden über zwei weitere Skalen erfasst. Zum einen wurde in fünf Items danach gefragt, inwieweit die Befragten Gefühle einer allgemeinen sozialen Verunsicherung erleben. Dazu sollten sie angeben, wie sehr sie Aussagen wie „Heute ändert sich alles so schnell, dass man oft nicht weiß, woran man sich halten soll“ oder „Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen“ auf einer 4-stufigen Skala zustimmen. Die aus diesen Items gebildete Skala „anomische Verunsicherung“ ($MW = 2.52$; $SD = .69$) erweist sich als einfaktoriell und zufriedenstellend reliabel (Cronbachs $\alpha = .84$). 52.5 % der Befragten äußerten eine solche Verunsicherung (Skalenwert > 2.5). Als zweite Form negativer Emotionen wurde das Ausmaß „kultureller Verlustängste“ erhoben. Dazu wurden drei Fragen verwendet, die symbolische, auf die eigene Kultur oder wichtige Traditionen bezogene Bedrohungsgefühle ansprechen, zum Beispiel mit der Aussage „Traditionen, die mir wichtig sind, haben in dieser Gesellschaft keinen Platz mehr“. Diese von 1-4 reichende Skala ($MW = 2.0$; $SD = .68$) weist eine für Gruppenvergleiche noch hinreichende Reliabilität auf (Cronbachs $\alpha = .61$). Solche kulturellen Verlustängste (Skalenwert > 2.5) äußerten 22.8 % der Befragten.

Zur multivariaten Prüfung der anomie- und identitätstheoretischen Annahmen wurden hierarchische OLS-Regressionen zur Vorhersage rechtsextremer Einstellungen geschätzt. Die Effekte von Geschlecht, Alter, Bildung und Migrationshintergrund wurden bei allen Modellen jeweils statistisch kontrolliert (vgl. Tabelle 4). In Modell 0 zeigen sich die bivariat schon berichteten Effekte vor allem von Bildung und Alter, während die Effekte von Geschlecht und Migrationshintergrund zwar klein, aber doch statistisch signifikant sind. In Modell 1 findet sich ein signifikanter, aber nicht sehr starker Effekt persönlicher Diskriminierung, dessen Beachtung die Varianzaufklärung für die abhängige Variable nur unwesentlich steigert. In Modell 2 wird zusätzlich die kollektive Marginalisierung berücksichtigt. Nun findet sich für die persönliche Diskriminierung kein signifikanter Effekt mehr. Die kollektive Marginalisierung hat hingegen einen starken Effekt auf rechtsextreme Einstellungen. Dieses recht sparsame Modell 2 erklärt bereits 19.4 % der Varianz der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen.

Nach Hinzunahme anomischer Verunsicherung in Modell 3, die einen deutlichen Effekt zeigt, verringert sich der Effekt kollektiver Marginalisierungserfahrungen auf weniger als die Hälfte, bleibt aber statistisch signifikant. Dies deutet darauf hin, dass die Wirkungen kollektiver Marginalisierungen zum Teil vermittelt über anomische Verunsicherung die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen erhöhen. Daneben kommt der anomischen Verunsicherung aber auch eine starke eigenständige Wirkung zu. Das Erleben einer anomischen Verunsicherung erhöht, wie theoretisch erwartet, die Tendenz zu autoritären, rigiden Haltungen im Sinne von Rechtsextremismus, was sich in einer im Vergleich zu Modell 2 deutlich erhöhten Varianzaufklärung von 33.1% zeigt. Die zusätzliche Berücksichtigung kultureller Verlustängste in Modell 4 führt dazu, dass in Modell 3 noch erkennbare signifikante Effekte kollektiver Marginalisierung nun nicht mehr zu finden sind. Bei Beachtung der beiden negativen Emotionen steigt die Varianzaufklärung für rechtsextreme Einstellungen nochmals deutlich auf nun 50.7%.

Tabelle 4

Hierarchische OLS-Regression von Rechtsextremismus (kont.) auf individuelle Diskriminierung, kollektive Marginalisierung und anomische Verunsicherung

	Modell 0	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Geschlecht (männlich=1)	.044 **	.047 **	.037 **	.070 ***	.021
Alter	.149 ***	.166 ***	.180 ***	.161 ***	.048 ***
Bildung (hoch=1)	-.273 ***	-.271 ***	-.210 ***	-.125 ***	-.100 ***
Migrationshintergrund	.098 ***	.080 ***	.097 ***	.059 ***	.071 ***
persönliche Diskriminierung		.070 *	-.055	-.047	-.038
kollektive Marginalisierung			.298 ***	.110 ***	.017
anomische Verunsicherung				.432 ***	.168 ***
kulturelle Verlustängste					.544 ***
R ²	12.0%	12.4%	19.4%	33.1%	50.7%

Anmerkung: Dargestellt werden standardisierte Effekte (Beta); gültige n = 4 152, gewichtete Daten

In einem weiteren Schritt wurde eine Mediatoranalyse durchgeführt, um die Wirkung kollektiver Marginalisierung auf rechtsextreme Einstellungen genauer in Bezug auf deren Vermittlung über negative Emotionen in den Blick zu nehmen. Dazu wurden Strukturgleichungsmodelle geschätzt, in denen Alter, Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund statistisch kontrolliert wurden.

Es zeigt sich, dass der totale Effekt kollektiver Marginalisierung auf rechts-extreme Einstellungen ($\beta = .308^{***}$) vollständig durch Gefühle anomischer Verunsicherung und kulturelle Verlustängste vermittelt wird, also ausschließlich indirekt wirkt. Ein Vergleich der beiden indirekten Effekte zeigt ferner, dass die Wirkung von kollektiver Marginalisierung auf rechtsextreme Einstellungen stärker durch die kulturellen Verlustängste bestimmt wird ($\beta_{\text{ind2}} = .215^{***}$) als durch die anomische Verunsicherung ($\beta_{\text{ind1}} = .075^{***}$). Der nach Berücksichtigung der negativen Emotionen verbleibende direkte Effekt der kollektiven Marginalisierung ist nur noch minimal und statistisch nicht mehr signifikant.

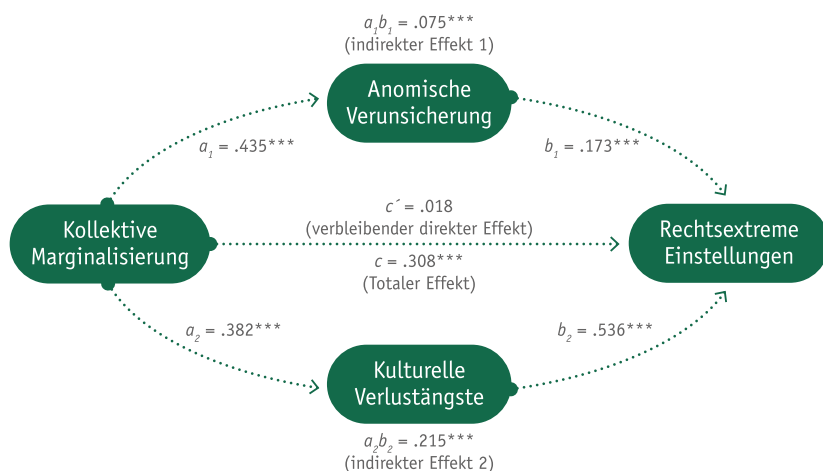


Abbildung 1: Anomische Verunsicherung und kulturelle Verlustängste als Mediatoren der Effekte kollektiver Marginalisierungswahrnehmung

Damit erweist sich, dass die Konfrontation mit einer kollektiven Marginalisierung der Eigengruppe eine Form subjektiv erlebter sozialer Ausgrenzung und der Bedrohung der sozialen Identität darstellt, die für die Etablierung rechtsextremer Einstellungen hoch relevant ist. Sie trägt zu einer deutlich erhöhten Ausprägung anomischer Verunsicherung und kultureller Verlustängste bei. Diese beiden negativen sozialen Emotionen sind wiederum positiv mit dem Ausmaß rechtsextremer Einstellungen korreliert.

Die hier dargestellten Befunde stützen nicht nur die Annahmen des anomietheoretischen Konzeptes von Agnew (2001, 2010, 2017). Sie lassen sich ferner auch gut mit den Annahmen der Integrated Threat Theory (ITT) (Stephan/Stephan 2000; Stephan et al. 2016) in Einklang bringen. Diese geht davon aus, dass beim Aufeinandertreffen verschiedener Gruppen Bedrohungsgefühle entstehen und Angehörige der Outgroup gegebenenfalls als Gefahr empfunden werden können. Solche Ängste können sich unter anderem in Sorgen um einen möglichen Verlust der Anerkennung und des Stellenwertes der Eigengruppe in Staat und Gesellschaft ausdrücken oder auch in einer Furcht vor einer Minderung des individuellen sozialen Status sowie vor antizipierten persönlichen Einschränkungen der eigenen sozioökonomischen Situation. Dies könnte die herausgehobene Bedeutung der „kulturellen Verlustängste“ als Form einer negativen sozialen Emotion in dem hier skizzierten Modell erklären.

Rechtsextreme Einstellungen können insoweit als Ergebnis der Bewältigung von Bedrohungsgefühlen und Verunsicherung entstehen, die durch unterschiedliche Erfahrungen und Erlebnisse ausgelöst werden können. Eine Ursache beziehungsweise Auslöser solcher negativen Emotionen ist die subjektiv erlebte Marginalisierung durch staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Als Form der Bewältigung werden ideologische Einstellungen übernommen, die das Gefühl der Verunsicherung und Identitätsbedrohung mindern: „Ideologies that promote traditionalism, such as conservatism, arise from needs to manage uncertainty“ (Brandt/Reyna 2010, 716). Negative soziale Emotionen können insoweit „ein Nährboden für Radikalisierung sein“ (Knäble et al., 2021, 101), indem sie autoritäre Haltungen befördern. Diese wiederum kann die Akzeptanz rigider Formen der Politikgestaltung, eine Ablehnung freiheitlicher Grundsätze sowie soziale Vorurteile gegenüber als Verursachern der Verunsicherung beziehungsweise Bedrohung wahrgenommenen „Anderen“ befördern.

Diskussion und Zusammenfassung

An der ersten Welle der repräsentativen Einstellungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“ nahmen $n = 4\,483$ Personen ab einem Alter von 18 Jahren teil. Darunter waren auch $n = 1\,310$ Personen muslimischer Religionszugehörigkeit. Die Gesamtrücklaufquote von 23.3 % erwies sich im Vergleich zu ähnlichen Befragungen als gut.

Neben der Erfassung spezifischer Formen politisch extremistischer Einstellungen (rechtsextreme und islamismusaffine Einstellungen) wurde auch ein Instrument zur phänomenübergreifenden Erfassung demokratiedistanter Einstellungen im Sinne der Ablehnung grundlegender Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates entwickelt und eingesetzt. Dieses Vorgehen einer mehrdimensionalen Erfassung gestattet es, das Risikopotenzial extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung differenzierter zu beschreiben und präziser zu verorten. Im Ergebnis zeigte sich, dass im Jahr 2021 14.0 % der Befragten demokratiedistante Einstellungen aufwiesen, unabhängig von der Frage ihrer sonstigen politisch-ideologischen oder religiösen Orientierung, was für die Gesamtbevölkerung der in Deutschland lebenden Erwachsenen zu einer geschätzten Verbreitung einer solchen Einstellung zwischen 13 % und 15 % führt.

Weiter lässt sich auf Basis der Stichprobenergebnisse schätzen, dass in der Gesamtbevölkerung zwischen 4.2 % und 5.5 % der Erwachsenen klar rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Die Befunde der Leipziger Autoritarismus-Studie liegen mit 4.3 % ebenfalls innerhalb dieses Intervalls (Decker et al. 2020, 51). Küpper et al. (2021) berichten demgegenüber für die Mitte-Studie eine deutlich niedrigere Rate von 1.7 % eindeutig rechtsextrem eingestellter Personen. Allerdings war in der Mitte-Studie die Erhebungsmethodik (telefonische Befragung) eine andere und die Rücklaufquote war mit 12 % deutlich niedriger. Zudem waren Migrant*innen der ersten Generation unterrepräsentiert, gerade jene Gruppe, welche nach unseren Befunden in erhöhtem Maße rechtsextreme Haltungen aufweist. Von den klar rechtsextrem Eingestellten erwiesen sich in unserer Studie etwa die Hälfte (2.6 % der Gesamtstichprobe) gleichzeitig auch als demokratiedistant. Dies ist im Sinne eines politischen Extremismus, der über Intoleranz hinausgehend auch das politische System als solches betrifft, eine besonders relevante Risikogruppe.

Unter jenen, die zwar nicht als klar rechtsextrem, aber sehr wohl als offen für rechtextremes Gedankengut einzustufen waren (zwischen 20.6 % und 23.0 % der Bevölkerung) finden sich bei etwa einem Viertel (5.9 % der Stichprobe) zugleich auch demokratiedistante Einstellungen. Fasst man diese Raten der gemeinsam demokratiedistant und ideologisch rechts Eingestellten zusammen (8.5 % der Stichprobe), dann ergibt sich für die Gesamtbevölkerung eine Rate zwischen 7.6 % und 9.3 %. Damit findet sich für den Bereich des Rechtsextremismus hier ein erhebliches Risikopotenzial, das ein wichtiger Adressat für entsprechende Präventionsbemühungen sein sollte.

Ähnliches zeigt sich mit Blick auf islamismusaffine Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslim*innen. Nach unseren Ergebnissen ist davon auszugehen, dass zwischen 7.7 % und 11.0 % der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung in Deutschland klar islamismusaffine Einstellungen aufweisen. Von diesen lässt etwa ein Drittel (3.1 % der Teilstichprobe) auch demokratiedistante Haltungen erkennen. Bei einem weiteren Fünftel (17.7 % bis 22.2 %) der muslimischen Bevölkerung ist eine Offenheit für islamistische Ideologien zu erkennen. Die Kombination einer solchen Offenheit mit Demokratiedistanz zeigt sich bei 3.6 % aller befragten Muslim*innen. Insgesamt beläuft sich damit das Potenzial der demokratiedistanten und für Islamismus zumindest offenen Muslim*innen auf eine Rate, die in der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung zwischen 5.2 % und 8.0 % liegt. Dies ist eine recht ähnliche Größenordnung, wie sie auf Basis unserer Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung mit Blick auf die Verbreitung rechtsorientierter Demokratiedistanz anzunehmen ist.

Die Ergebnisse multivariater Analysen zu Hintergründen rechtsextremer Einstellungen verweisen auf die Relevanz kollektiver Marginalisierung und in diesem Zusammenhang auf starke Effekte, die von einer anomischen Verunsicherung und einem Bedrohungserleben im Sinne kultureller Verlustängste ausgehen. Erfahrungen mit kollektiver Marginalisierung in dem Sinne, dass Mitglieder der Eigengruppe gering geschätzt, ihre Leistungen nicht gewürdigt, sie von Politikern nicht ernst genommen sowie durch staatliche Institution respektlos behandelt werden, berichteten 20.5 % der Befragten. Es erweist sich, dass diese Formen der Marginalisierung relevante Effekte auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen haben. Unsere Analysen haben zudem zeigen können, dass solche Marginalisierungserlebnisse mit emotionalen Reaktionen verbunden sind, welche

als Transmissionsriemen wirken und erheblichen Einfluss darauf haben können, ob es zur Ausbildung rechtsextremer Einstellungen kommt. Insoweit haben sich die theoretischen Annahmen, die wir im Anschluss an Agnew (2001, 2010) formuliert haben, hier für Rechtsextremismus bestätigen lassen. An anderer Stelle konnte dies auch mit Blick auf das Ausmaß von Demokratiedistanz gezeigt werden (Fischer et al. 2022).

Zudem ist das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen bei jenen Befragten höher, welche ihre aktuelle soziale Situation – auch angesichts des Tempos, in dem Veränderungen eintreten – als unsicher und undurchschaubar beschreiben. Solche Gefühle einer anomischen Verunsicherung teilten mit 52.5 % immerhin etwa die Hälfte der Befragten. Dies deutet darauf hin, dass – auch unabhängig von rechtsextremen Einstellungen – es gesellschaftlichen Institutionen, darin eingeschlossen die Politik und staatliche Behörden, in der Vergangenheit nur teilweise gelungen ist, gegenüber der Bevölkerung gesellschaftliche Veränderungen so zu kommunizieren, dass Ängste und Unsicherheiten möglichst nicht entstehen. Wichtig ist in dieser Hinsicht weiter der Befund, dass die Wahrnehmung einer Marginalisierung der Eigengruppe mit Ängsten in Form der Bedrohung eigener Traditionen, der Wahrnehmung der Geringschätzung eigener Werte und Sichtweisen verbunden sein kann. Diese Kombination kann ihrerseits ebenfalls rechtsextreme Einstellungen befördern.

Der negative Befund, dass etwa ein Fünftel der Befragten sich selbst beziehungsweise ihre Eigengruppen durch staatliche und gesellschaftliche Institution an den Rand gedrängt, nicht gehört und respektiert fühlt, eröffnet auf der anderen Seite aber auch Perspektiven und Hinweise auf Möglichkeiten der Prävention – nicht nur – rechtsextremer Einstellungen. Gerade in gesellschaftlichen Situationen der Unsicherheit und Ungewissheit, wie während der anhaltenden Coronapandemie von vielen Bürgern erfahren und wie sie im Kontext des Krieges in der Ukraine seit Anfang 2022 erneut in einer weiteren Perspektive als vitale Bedrohung und sich weltweit zuspitzenden sozialen Krise mit zahlreichen potenziellen Implikationen erlebt werden, können Verunsicherungen und Wahrnehmungen der Bedrohung der eigenen gesellschaftlichen Stellung entstehen. Mit Blick auf Toleranz und in Bezug auf die Akzeptanz basaler demokratischer Prinzipien können diese Verunsicherungen und Verlustängste ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial in sich tragen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen, die Formulierung konkreter Ziele und Erwartungen sowie ein offener und vor allem respektvoller Umgang mit Bürger*innen – auch im Falle konträrer Ansichten und Meinungen – sind nach den vorliegenden Befunden wichtige Eckpfeiler, die Leitlinien politischen, staatlichen und behördlichen Handelns in einer Demokratie sein sollten, um gerade auch in Zeiten globaler Krisen deren Akzeptanz zu sichern. Die dazu bereits vorliegenden Befunde, die zudem mit wichtigen Erkenntnissen der Forschung zur prozeduralen Gerechtigkeit und deren Bedeutung für die Wahrnehmung der Legitimität staatlicher Institutionen wie auch der Bereitschaft zur Normkonformität in Einklang stehen (vgl. Tyler 1990; Tyler 2003; Nagin/Telep 2017), verweisen zugleich auf Perspektiven der weiteren Analysen, der im Rahmen der repräsentativen Befragungen in MOTRA gesammelten Daten.

Literatur

- Agnew, R. (2001). *Building on the Foundation of General Strain Theory: Specifying the Types of Strains most likely to Lead to Crime and Delinquency*. Journal of Research in Crime and Delinquency, 38(4), 319–361.
- Agnew, R. 2010. *A General Strain Theory of Terrorism*. Theoretical Criminology, 14(2), 131–153.
- Agnew, R. (2013). *When Criminal Coping is Likely: An Extension of General Strain Theory*. Deviant Behavior, 34(8), 653–670.
- Agnew, R. (2017). *General Strain Theory and Terrorism*. In: G. LaFree & J. D. Freilich (Hrsg.), *The Handbook of Criminology of Terrorism*. Hoboken: Wiley-Blackwell. 121–132.
- American Jewish Committee (2022). *Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung durchgeführt von dem Institut für Demoskopie Allensbach*. Berlin : American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute.
- Arzheimer, K. (2019). *Extremismus*. In: T. Faas, O.W. Gabriel & J. Maier, J. (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos. 296–308.
- Backes, U. (1989). *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Budrich.
- Backes, U. & Jesse, E. (1996). *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. 4. Aufl. Bonn: bpb.
- Baier, D., Krieg, Y. & Kliem, S. (2021). *Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz. Welche Rolle spielt die Religionszugehörigkeit?* Kriminologisches Online Journal, 3(3) 249–269.
- Baier, D., Manzoni, P. & Bergmann, M.C. (2016). *Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich*. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99(3), 171–198.
- Beelmann, A. (2019). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Jena: FSU.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). *Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld*. , in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Dessecker, A., Grande, E., Kusche, I. & Rieger, D. (Hrsg.). MOTRA-Monitor 2020. Wiesbaden, 100–129.
- Brettfeld, K. Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021b). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität. Hamburg. www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-1.pdf.
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2007). *Muslime in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Berlin: BMI.
- Bundesverfassungsgericht (2017). *Urteil des zweiten Senats vom 17. Januar 2017*. 2 BvB 1/13
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger-Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O. & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Realität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)*. In: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial-Verlag. 197-212.

Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag. 27-87.

Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: FES.

Doosje, B., van den Bos, K., Loseman, A., Feddes, A. R. & Mann, L. (2012). "My Group is Superior!": Susceptibility for Radical Right-Wing Attitudes and Behaviors in Dutch Youth. *Negotiation and Conflict Management Research*, 5(3), 253-268.

Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität. Hamburg.*
www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-2-neu.pdf.

Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). *Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory*. *Rechtspsychologie* 8 (2), 173-195.

Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2011). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Goede, L-R. & Lopez Trillo, A. (2020): *Islamistischer Extremismus: anderes Geschlecht, andere Risikofaktoren?* *Rechtspsychologie*, 6(4), 533-558.

Knäble, J., Breiling, L. & Rettenberger, M. (2021). *Theorien und Erklärungsmodelle von Radikalisierungsprozessen im Kontext des Rechtsextremismus*. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 15(2), 99-108.

Krieg, Y. & Kliem, S. (2019). *Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Niedersachsen*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 102(2), 135-153.

Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021). *Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21*. In: A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: H.W. Dietz. 75-111.

Mannewitz, T. (2018). *Das normative Extremismuskonzept*. In: U. Backes, A. Gallus, E. Jesse & T. Thieme (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Baden-Baden: Nomos. 31-54. <https://doi.org/10.5771/9783845296654-31>.

Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., & Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. *Forschungsbericht. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*. doi.org/10.21256/zhaw-4862.

Nagin, D. S. & Telep, C. W. (2017). *Procedural Justice and Legal Compliance*. *Annu. Rev. Law. Soc. Sci.*, 13(1), 5-28.

- Nivette, A., Eisner, M. & Ribeaud, D. (2017). *Developmental predictors of violent extremist attitudes: A test of general strain theory*. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 54(6), 755–790.
- Pfündel, K., Sticks, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Berlin: BAMF.
- Seidensticker, T. (2016). *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*. München: C.H. Beck.
- Stephan, W. G. & Stephan, C. W. (2000). *An Integrated Threat Theory of Prejudice*. In: S. Oskamp (Hrsg.), *Reducing Prejudice and Discrimination*. New Jersey: Lawrence Erlbaum. 23–45.
- Stephan, W. G., Ybarra, O. & Rios, K. (2016). *Intergroup Threat Theory*. In: T. D. Nelson (Hrsg.), *Handbook of prejudice and discrimination*. Hove: Psychology Press. 255–278.
- Tyler, T. R. (1990). *Why People Obey the Law*. New Haven: Yale University Press. (2. Aufl. 2006, Princeton: Princeton University Press).
- Tyler, T. R. (2003). *Procedural Justice, Legitimacy, and the Effective Rule of Law*. *Crime and Justice*, 30, 283–357.
- Williamson, H., De Buck, A. & Pauwels, L. (2021). *Perceived injustice, perceived group threat and self-reported right-wing violence: An integrated approach*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 104(3), 203–216.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn: Dietz.